ANTRAG

*Antragsteller*innen:*
Tagesordnungspunkt: 7.b) weitere Anträge

A12NEU: Jugend im ländlichen Raum nicht vergessen – Jugendarbeit und ÖPNV stärken, Digitalisierung nicht verschlafen

Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:

Für junge Menschen ist der eigene Wohnort zentral. Spielplätze, Jugendräume oder Angebote der Jugendverbände spielen hier beim „Verortet-Sein" eine besondere Rolle. Aus diesem Grund sind Angebote für junge Menschen wohnortnah zu unterbreiten.
Das Bundesjugendwerk sowie die Bezirks- und Landesjugendwerke setzen sich zusammen politisch dafür ein und fordern die Bundesregierung und die Länderregierungen und politischen Entscheidungsträger*innen auf kommunaler Ebene dazu auf, die Jugendarbeit sowie die sozialen Strukturen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im ländlichen Raum zu stärken und mit einem größeren finanziellen Rahmen auszustatten:

• Unterstützung der Jugendarbeit für alle Jugendlichen im ländlichen Raum hinsichtlich der finanziellen Förderung von Jugendverbänden, der Versorgung mit Jugendräumen und der Schaffung von formellen Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen durch die Kommunen und Gemeinden unabhängig von deren finanziellen Ausstattung.

• Ausbau und Erhalt von geeigneten Jugendräumen, welche den jungen Menschen uneingeschränkt zur Verfügung stehen; keine Schließungen von Jugendräumen.

• Schaffung von eigenverantwortlichen Zugängen zu Jugendräumen, zu denen die Jugendlichen als Verantwortliche auch die „Schlüsselgewalt“ haben.

• Dauerhafte Bereitstellung von finanziellen Ressourcen für eine bedarfsgerechte Ausstattung von Jugendeinrichtungen mit dazugehörigem pädagogischen Fachpersonal.

<u>Teilhabe durch Mobilität sichern</u>
Junge Menschen sind aufgrund ihres Alters auf öffentliche Mobilitätsangebote angewiesen. Ihre Mobilität darf dabei nicht von der finanziellen oder

praktischen Unterstützung der Eltern abhängig sein, um soziale Ungleichheiten nicht noch weiter zu verstärken. Ziel muss es sein, für junge Menschen und mit jungen Menschen Perspektiven zu entwickeln, wie ein gut ausgebautes, flexibles und zumindest für junge Menschen unter 18 Jahren kostenloses Verkehrsnetz - auch und gerade im ländlichen Raum - entstehen kann. Innovative Mobilitätskonzepte (wie „Diskobusse“ oder Mitfahrzentralen) sind dabei zu erarbeiten und zu fördern.

Das Bundesjugendwerk sowie die Bezirks- und Landesjugendwerke setzen sich zusammen politisch dafür ein und fordern die Bundesregierung, die Länderregierungen und die politischen Entscheidungsträger*innen auf kommunaler Ebene dazu auf, den Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von jungen Menschen voranzubringen, die Rücknahme von Streckenstilllegungen zu prüfen sowie für die ausreichende Finanzierung zur Verbesserung der Taktung und den Ausbau des Angebots im ÖPNV am Wochenende und in den Abendstunden zu sorgen und für alle jungen Menschen unter 18 Jahren den ÖPNV kostenlos anzubieten.

Digitalisierung nicht verschlafen

Gerade für junge Menschen gehört die Digitalisierung der Gesellschaft mehr als für andere Altersgruppen zur täglichen Realität. Sie kommunizieren überdurchschnittlich viel digital, sie nutzen das Internet deutlich intensiver und öfter. Sie sind online weitaus mobiler als der Rest der Bevölkerung. Dabei folgen sie nicht nur Trends schneller und häufig völlig autark von den Entscheidungen Erwachsener – sie geben mit Youtube-Stars und Internet-StartUps auch kulturelle Größen neu vor und definieren mit Online-Petitionen, Flash-Mobs und digitalen Mitbestimmungstools moderne digitale Wege der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung.

Das Bundesjugendwerk sowie die Bezirks- und Landesjugendwerke setzen sich zusammen politisch dafür ein und fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, junge Menschen ernsthaft und verbindlich an der Digitalen Agenda zu beteiligen. Neben einer strukturellen Einbeziehung für ein ganzheitliches Digitalisierungskonzept braucht es umgehend geeigneter Pläne und entsprechende Ressourcen für einen schnellen Ausbau des Breitbandnetzes und freier WLAN-Netze, insbesondere im ländlichen Raum, aber auch in den Städten.

Die Jugendwerke vor Ort suchen hier nach geeigneten Möglichkeiten, z.B. mit der Bereitstellung von anteiligen Leitungskapazitäten und der Zusammenarbeit mit Freifunkinitiativen, den Ausbau von freien WLAN-Netzen in den eigenen Räumlichkeiten und der Umgebung selbst voranzubringen bzw. zu unterstützen. Die Verantwortlichen auf allen Ebenen sind dabei gefordert, alles zu tun, damit junge Menschen bereits als Jugendliche im ländlichen Raum eine persönliche Perspektive für ihre Zukunft sehen. Hierzu sind politische Konzepte und

Strategien, ggf. über die Jugendhilfeplanung, notwendig.

Begründung

Der Rückzug von Ressourcen ist der falsche Weg, der demographischen Entwicklung vieler ländlicher Räume zu begegnen. Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen und wohnortnahe Ausbildungsplätze sind ebenfalls Standortfaktoren für den ländlichen Raum.

Besonders ungünstig auf die Entwicklung des ländlichen Raums wirkt sich die Abwanderung von jungen Menschen der dörflichen Region in stärkere Wirtschaftsregionen aus. Dies darf aber nicht bedeuten, dass Ressourcen für junge Menschen reduziert werden. Dörfer, die über kulturelle und soziale Infrastruktur verfügen, können ihre Bevölkerung halten, wenn nicht sogar steigern. Nicht nur Arbeitsplätze, sondern die Schule, der Kindergarten oder Jugendgruppen, sind Standortfaktoren im ländlichen Raum. Anhand dieser Kriterien entscheiden junge Familien über Ansiedlung oder Wegzug.

Nach der Schule stellt sich für viele junge Menschen im ländlichen Raum bei der Suche nach einer Lehrstelle oder bei der Gründung einer eigenen Existenz die Frage „Wegziehen oder Bleiben?“ Darüber hinaus fördern unzureichend und periodenfinanzierte Jugendarbeit prekäre und unsichere Anstellungsverhältnisse. Die Abwanderung von Fachkräften lässt keinen Raum, nachhaltige Strukturen der Beziehungsarbeit zu erschaffen und wirkt gegen die Gestaltung nachhaltiger fachlicher Netzwerke.

Durch die Landesregierung kann der Abwanderung von jungen Familien, Kindern und Jugendlichen begegnet werden. Die demografische Entwicklung geschieht nicht automatisch bzw. naturgegeben, sondern orientiert sich auch an den politisch gesetzten Rahmenbedingungen.

Kindgerechte Fassung

Kinder und Jugendliche wollen sich in ihrer Freizeit mit Freund*innen treffen. Damit sie dafür nicht so weit fahren müssen, soll es in Dörfern und Kleinstädten mehr Spielplätze, Jugendtreffs oder Jugendwerke geben. Dort soll es auch Sozialarbeiter*innen geben. Die Jugendwerke müssen jetzt dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin sagen, er soll dafür mehr Geld ausgeben. Wenn das Dorf kein Geld mehr hat, muss der Finanzminister von Angela Merkel alles bezahlen.

Damit Kinder und Jugendliche sich mit ihren Freund*innen treffen können, müssen mehr Busse fahren - auch abends und am Wochenende. Da die meisten nicht so viel Taschengeld bekommen, sollen alle unter 18 Jahren kostenlos Bus und Bahn fahren dürfen. Das Jugendwerk der AWO soll Angela Merkel sagen, wie wichtig das ist und das der Finanzminister Geld mitbringen soll, damit mehr Busse fahren können.

Viele Kinder und Jugendliche nutzen ihr Handy, um sich mit Freund*innen auszutauschen und zu verabreden. Sie lesen seltener die Bravo, schauen aber dafür mehr Videos bei Youtube. Unterschriften z.B. für mehr Tierschutz sammeln

sie nicht mehr auf Papierlisten, sondern online im Internet. Dafür braucht jedes Dorf und jeder Stadtteil schnelles Internet und kostenloses WLAN. Das Jugendwerk der AWO soll Angela Merkel sagen, dass sie das jetzt machen muss. Die Jugendwerke sollen, wenn es geht, in ihrem Büro und auf der Straße davor, kostenloses WLAN ohne Anmeldung einschalten.